

Zürich, 23. September 2021  
**Medienmitteilung**

## **FDP ist sehr erfreut über Ablehnung der KSSG zur Volksinitiative «Elternzeit»**

---

**Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) hat heute mit ihrem Mehrheitsentscheid, die Volksinitiative «für eine Elternzeit» zur Ablehnung zu beantragen, einen wichtigen und weitsichtigen Entscheid gefällt. Die ohnehin durch die Corona-Pandemie schon stark unter Druck gekommenen Unternehmen, vor allem KMU, können keine zusätzlich höhere finanzielle Last tragen. Eine Einführung dieser Forderung wirkt sich zudem negativ auf die Arbeitskosten aus und schwächt den Wirtschafts- und Innovationsstandort Zürich.**

Die Volksinitiative «für eine Elternzeit», welche eine Erhöhung der Elternzeit auf 18 Wochen für beide Elternteile fordert, führt zu einer grossen finanziellen Mehrbelastung und organisatorischen «Herkulesaufgabe» für viele KMU, dem Rückgrat unserer Wirtschaft. Hinzu kommt, dass die höheren Arbeitskosten insgesamt zu einer Schwächung der Wirtschaftskraft des Kantons Zürich führen. Es gilt mehr denn je zu verhindern, dass der Innovationsstandort Zürich an Wettbewerbsfähigkeit einbüsst, was zur Folge hat, dass eine Abwanderung von Unternehmen in Nachbarkantone gefördert wird. Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Zürich muss beibehalten und Unternehmen mit bestmöglichen Rahmenbedingungen gestärkt werden, damit wir auch in Zukunft auf eine solide Wirtschaft zählen können, welche Arbeitsplätze zur Verfügung stellt und unseren Wohlstand sichert. Zudem sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf flexible Arbeitszeitmodelle und gute Betreuungsstrukturen ohnehin wichtiger als ein ausgedehnter Elternurlaub.

Carola Etter-Gick, Kantonsrätin, hält fest: «Eine Stärkung und breitere Unterstützung der Familien darf nicht einzig auf Kosten der Unternehmen und der öffentlichen Hand erfolgen, sondern soll besser beispielsweise mittels Steuerabzug für Drittbetreuungskosten und der Einführung der Individualbesteuerung erzielt werden.»

### **Kontakt:**

Carola Etter-Gick, Kantonsrätin, 078 749 62 36  
Beatrix Frey-Eigenmann, Fraktionspräsidentin, 079 789 86 58  
Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident, 078 819 64 65